

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)
am 25./26. Mai 2023 in Potsdam

TOP 5.4 **Elterngeld sozial gerecht gestalten**
Antragsteller: **BB, HB**

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren der Länder sehen es angesichts der Corona-Pandemie, der Energiekrise und der steigenden Inflation als eine zentrale Aufgabe der Familienpolitik an, Familien vor Armut und vor wirtschaftlicher Unsicherheit zu schützen. Eine angemessene finanzielle Entlastung von Familien mit neugeborenen Kindern verbessert die Chancengleichheit, sichert die wirtschaftliche Existenz der Familien und erleichtert dadurch den Start in die neue Lebensphase.
2. Die JFMK begrüßt die bisherigen Regelungen im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, um Eltern mit geringem Einkommen in der Phase des Elterngeldbezugs zu unterstützen. Die Erhöhung der Ersatzrate für Geringverdienende ist eine wichtige Maßnahme für soziale Gerechtigkeit und zur Vermeidung finanzieller Einbußen, die die Lebensqualität von Familien in dieser besonderen Lebensphase zu stark beeinträchtigen würden. Eine Ausdehnung des Kreises der Familien, die von der erhöhten Ersatzrate profitieren, würde in dieser Lebensphase auch Familien mit mittleren Haushaltseinkommen in entsprechender Weise zugutekommen.
3. Für Eltern mit niedrigen und mittleren Einkommen stehen in der Praxis nicht die vollen Wahlmöglichkeiten bei der Gestaltung der Elterngeldphase zur Verfügung. Für einen breiten Kreis von Eltern sind partnerschaftliche Elterngeldmodelle in finanzieller Hinsicht keine Option. Die JFMK bittet die Bundesregierung, den Mindest- und Höchstbetrages beim Elterngeld an den Verbraucherpreisindex anzupassen und damit einhergehend eine Erhöhung des Basiselterngeldes vorzunehmen. Von einer Anhebung des Mindestbetrages würden verstärkt Frauen profitieren.